

Politiker halten Bürgerrathaus für intelligente Lösung

CDU, Grüne, SPD, Freie Wähler und FDP stehen hinter dem Projekt, die Verwaltungsstandorte zusammenzufassen

Von Annette Vincenz

RAVENSBURG - Braucht Ravensburg wirklich ein Bürgerrathaus? Für 16,5 Millionen Euro soll auf dem Gelände, wo jetzt noch das Parkhaus Oberamtei steht, ein neuer Verwaltungssitz entstehen, der die meisten der elf jetzigen Standorte überflüssig macht. Einzig das historische Rathaus und das Lederhaus will die Stadt behalten. Die Fraktionen im Ravensburger Gemeinderat befürworten das Projekt – mit Ausnahme der Bürger für Ravensburg.

Es gibt noch offene Fragen

Es gebe zwar noch offene Fragen, aber im Großen und Ganzen will die CDU-Fraktion im Ravensburger Gemeinderat das Projekt „positiv begleiten“, sagte deren Fraktionschef August Schuler auf Anfrage der Schwäbischen Zeitung. Allerdings müsse die Verwaltung erst einmal darlegen, wie in Zukunft ihre Struktur aussehen solle. Oberbürgermeister Daniel Rapp sei ja gerade beim Umbau von Strukturen und der Neu-besetzung wichtiger Stellen, etwa der Kämmeri nach der baldigen Pensionierung Walter Lehmanns durch den jetzigen Wirtschaftsförderer Gerhard Engle.

Schuler meint, dass durch das Freiwerden bisheriger von der Stadt genutzter Gebäude der Handel gestärkt werden könne. Im Weingartener Hof (Kultur und Tourismus) oder in der Bauhütte (Kämmeri) kann er sich gut Geschäfte vorstellen, im Baudezernat an der Seestraße Wohnungen.

„So weit sind wir noch nicht“, stellt der Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler, Werner Fricker, klar, dass es eine Zustimmung zum Neubau von seiner Fraktion nur geben werde, wenn die Verwaltung klar darlegen könne, dass der Neubau zu einer Ersparnis bei den laufenden Kosten im Verwaltungshaushalt führen werde. Sprich: weniger Miete, niedrigere Energiekosten, eventuell Syner-

gieeffekte beim Personal. Die Eingrenzung des Standortes sei nicht gleichbedeutend mit einer Grundsatzentscheidung, sondern diene dazu, das Bürgerrathaus „realistisch durchrechnen“ zu können, so Fricker. Aber eins sei klar: „Die jetzige Situation mit elf verschiedenen Standorten ist unwirtschaftlich.“

„Das Ding rechnet sich, wir stehen voll hinter dieser Sache“, sagte der

Fraktionschef der Ravensburger SPD, Frank Walsler. Die derzeitigen Räumlichkeiten etwa im Baudezernat seien nicht für Büros konzipiert, die Sanierungskosten beträchtlich. Vom Bürgerrathaus erhofft er sich eine Energieersparnis von 90 Prozent. „Ein schöner Nebeneffekt ist noch, dass die Tourist-Information von der Randlage in der Herrenstraße zentral auf den Marienplatz ziehen könnte.“

Als „gut“ und „intelligent“ lobt auch Manne Lucha das Projekt. Der Fraktionsvorsitzende der Ravensburger Grünen sieht im Hinblick auf Raumnutzung, Energieersparnis und kurze Wege nur Vorteile. Wichtig sei, dass in der Verwaltung inhaltsreiche Doppelstrukturen abgeschafft würden. „Es kann doch nicht sein, dass manchmal sieben Unterabteilungen an einem Sachvorgang beteiligt sind.“

Auch Dr. Roland Dieterich, Fraktionschef der FDP, wittert bei dem Projekt ausnahmsweise keine Steuergeldverschwendung. Die Investition in ein Bürgerrathaus werde sich schnell amortisieren, die „wunder-schönen Villen“ in der Seestraße, derzeit vom Baudezernat belegt, könnten wieder bewohnt werden. „Wenn die Verwaltung schlüssig darlegt, wo wir rationalisieren und sparen können, stimmen wir zu.“

Allein Siegfried Scharpf will die Argumente pro Bürgerrathaus nicht gelten lassen. „Das will niemand, das braucht niemand, und das hilft niemand“, zweifelt er den Nutzen des Neubaus an. „Jeder Bürgermeister will sich halt ein Denkmal setzen. Der eine ein Kunstmuseum, der andere ein Bürgerrathaus“, greift Scharpf Oberbürgermeister Daniel Rapp an. Zudem findet der Fraktionsvorsitzende der Bürger für Ravensburg es sehr verdächtig, dass die horrenden Sanierungskosten in den jetzigen städtischen Liegenschaften erst dann aufgekomen sind, als das neue Bürgerrathaus ins Gespräch kam. „Es gibt in Ravensburg andere Probleme, zum Beispiel den Sanierungsbedarf an Schulen oder am Wasser- und Abwassersystem“, begründet er die ablehnende Haltung seiner Fraktion gegenüber dem 16-Millionen-Euro-Projekt.



Auf dem Gelände des Parkdecks Oberamtei will die Ravensburger Stadtverwaltung ihren Hauptsitz errichten. Die Parkplätze fallen aber nicht weg, sondern sollen in einer Tiefgarage untergebracht werden. FOTO: PHILIPP RICHTER

Investition soll sich schon im ersten Jahr rechnen

Dirk Bastin vom Amt für Architektur und Gebäudemanagement schildert der Schwäbischen Zeitung die Vorteile:

- Die Ämter der Ravensburger Stadtverwaltung sind derzeit auf elf Standorte verteilt, neun sollen aufgegeben werden. Das rote Rathaus dient weiter repräsentativen Zwecken. Dort kann gehiratet werden. Außerdem tagen dort der Gemeinderat und seine Gremien. Im Lederhaus ist derzeit das Sozialamt untergebracht. Der Standort wäre wegen seiner zentralen Lage ideal als Tourist-Information/Kulturamt. Alle anderen Ämter sollen im neuen Bürgerrathaus unterkommen. Davon spricht sich die Verwaltung kurze Wege für den Bürger, der alles an einem Ort erledigen kann.
- Als Standort wurde das Gelände des Parkdecks Oberamtei südlich

vom Marienplatz an der Seestraße ausgewählt. Vorteil: Es ist groß genug und bereits im Besitz der Stadt. Die 205 Parkplätze bleiben laut Dirk Bastin, Leiter des Amtes für Architektur und Gebäudemanagement, auf jeden Fall erhalten. Sie werden unterirdisch in zwei Parktagen angelegt.

- Das Bürgerrathaus kostet etwa 16,5 Millionen Euro (Tiefgarage nicht mitgerechnet, da diese von den TWS errichtet und bewirtschaftet wird). Laut Stadtverwaltung amortisiert sich diese Investition bereits im ersten Jahr der Inbetriebnahme (vor-aussichtlich 2017). Gründe: Teure Mieten für den Weingartener Hof und die Georgstraße 25 fallen weg;

die Grundstücke und Villen an der Seestraße (Baumt, Amt für Jugend und Sport und andere) sowie an der Kuppelnaustraße (Stadtarchiv) lassen sich gut verkaufen und wieder einer Wohnnutzung zuführen; die Heizkostenersparnis liegt bei 95 Prozent, der Spareffekt durch Flächenreduzierung bei 20 Prozent (zum Beispiel geringere Reinigungskosten); nötige Investitionen am alten Gebäudebestand in Höhe von sechs Millionen Euro fallen weg. Schon im ersten Jahr läge die Ersparnis bei zehn Prozent. Tendenz steigend, weil Energie immer teurer wird.

- Städtebaulich erhofft sich die Stadt einen Gewinn. Sie würde die Kämmeri am nördlichen Marien-

platz behalten und vermieten, zum Beispiel an ein Café oder Restaurant mit Außenbewirtschaftung. Das würde eventuell auch das Problem mit Stadtreichern entschärfen, die dort tagsüber sitzen, trinken und hin und wieder lauthals streiten. Der Weingartener Hof an der Kirchstraße/Ecke Herrenstraße, den die Stadtverwaltung bis 2016 gemietet hat, bietet sich für Geschäfte an. Mit H&M soll es offenbar schon einen Interessenten geben.

- Verwaltungsintern wären Umstrukturierungen leichter möglich. Durch die räumliche Nähe verlieren die Mitarbeiter nicht mehr so viel Zeit, wenn sie mit anderen Ämtern zusammenarbeiten. (vin)

Kommentar

Von Annette Vincenz

Die Fakten sprechen für sich

Ja, sind die denn wahnsinnig, 16,5 Millionen Euro für einen neuen Verwaltungssitz zu verschleudern? Muss das sein? Will sich Oberbürgermeister Rapp einen Palast bauen? Gibt es nichts Wichtigeres in Zeiten knapper Kassen, schimmelnder Schulen, löcheriger Straßen? Diese Fragen werden unweigerlich im Zusammenhang mit dem Bürgerrathaus aufkommen, das derzeit durchgeplant wird, aber noch nicht beschlossene Sache ist. Und so mancher sieht nur die hohe Investition und fällt sein Urteil, ohne alle Fakten z zu kennen.

Die sprechen bei näherer Betrachtung allerdings für sich. Es geht gar nicht so sehr um kurze Wege für die Bürger. Die haben bislang ganz gut ertragen können, im Zuge eines Bauantrages auch mal zwei Ämter an zwei unterschiedlichen Standorten aufzusuchen. Es geht um deren Steuergeld. Davon lässt sich in einem Niedrigenergiehaus, das der Stadt gehört, mehr sparen als in einem Konglomerat von gemieteten Gebäuden und alten Stadtvillen, die dringend saniert werden müssen, um den gesetzlichen Anforderungen etwa



an Barrierefreiheit auch in Zukunft zu genügen. Derzeit zahlt die Stadtverwaltung für ihre Häuser (ohne Rathaus und Lederhaus, die sie ja behalten will) 1,1 Millionen Euro für Miete, Heizung, Strom, Abschreibungen, Reparaturen und Reinigung. Mit dem neuen Bürgerrathaus ließen sich diese Kosten im ersten Jahr bereits um 100 000 Euro reduzieren (den Schuldendienst mit eingerechnet).

Mit jedem weiteren Jahr steigt die Wirtschaftlichkeit, weil Energiekosten auch in Zukunft rasant ansteigen werden, was in einem Niedrigenergiehaus wenig ausmacht. Im Gegensatz zum Kunstmuseum, bei dem die Kritiker ja immer angeprangert haben, dass die Stadt das Gebäude mietet und nicht kauft, schafft sie hier einen dauerhaften Wert: Irgendwann ist der Kredit schließlich abbezahlt.

Kurze Wege für den Bürger und die Verwaltungsmitarbeiter, städtebauliche Perspektiven für den nördlichen Marienplatz, die Kirchstraße und die Seestraße sind bei der Rechnung noch positive Nebeneffekte.

• avincenz@schwaebische.de